

„Es gibt nichts zu entscheiden“

Ausschuss: Bürgerbefragung sinnlos

Lünen ■ Dass der Rat am 6. Dezember einen freiwilligen Bürgerentscheid zur Kraftwerksfrage ablehnen wird, dürfte sicher sein. Gestern folgte bereits der Haupt- und Finanzausschuss der Position der Verwaltung, wonach eine Bürgerbefragung keinen Sinn mache. Weil die Bürger nichts zu entscheiden hätten, wie Erster Beigeordneter Günter Klencz betonte. Das werde ihnen von den Antragstellern nur vorgegaukelt.

Über einen Genehmigungsantrag für ein Kraftwerk wer-

de nach Recht und Gesetz allein von der Bezirksregierung entschieden. „Dass der Bürger nichts zu sagen hat, ist eine dreiste Aussage. Nach meinem Kenntnisstand ist der Bürger der Souverän“, sagte Detlef Weinbrenner (Grüne). „Aber nur in seinem Entscheidungsbereich“, erwiderte Jochen Otto (SPD). Man könne die Bürger Lünens ja auch nicht über Steuerenkungen entscheiden lassen. Eine Bürgerbefragung würde laut Klencz ca. 100 000 Euro kosten. ■ **Fie-**